

Bund will schnellere Asylverfahren

Flüchtlingsgipfel verspricht mehr Geld für Integration

VON NORBERT HOLST

Berlin-Bremen. Kurz vor dem Flüchtlingsgipfel hatte das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) seine Prognose hochgeschraubt: Für dieses Jahr rechnet die Behörde mit 450 000 Menschen, die in Deutschland einen Asylantrag stellen. Bislang lag die offizielle Schätzung bei 300 000. Allein in Bremen sind in den ersten vier Monaten des Jahres 1221 Flüchtlinge aufgenommen worden – das sind mehr als im Gesamtjahr 2013. Von „Kraftanstrengung“, „Herausforderung“ und „einer Menge Arbeit“ war dann auch die Rede nach dem Treffen im Kanzleramt. Kanzlerin Angela Merkel signalisierte: Der Bund will den Ländern und Kommunen bei der Bewältigung der Probleme helfen.

Dazu stellte Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) ein Konzept vor, aus dem nun ein Maßnahmenpaket werden soll. Dies wollen die Ministerpräsidenten der Länder am 18. Juni gemeinsam mit Vertretern der Bundesregierung beschließen. Kernpunkte des Konzepts: De Maizière will einerseits die Asylverfahren beschleunigen, andererseits die Integration von solchen Asylbewerbern fördern, die eine reelle Chance auf Anerkennung haben. Gegenwärtig stapelt sich beim BAMF ein Berg von 200 000 Asylanträgen. Der Innenminister verspricht nun 2000 neue Stellen für das Bundesamt, das derzeit rund 2800 Mitarbeiter hat.

Flüchtlinge aus den Balkanstaaten sollen nach dem Willen des Ministers künftig schneller abgeschoben werden. Um das zu erleichtern, will de Maizière diese Menschen in Gemeinschaftsunterkünften unterbringen, bis über ihren Asylantrag entschieden ist. Er verspricht sich davon eine „psychologische Wirkung“ in den Herkunftsländern. Bislang ist die offenbar ausgeblieben:

Aachener Friedenspreis an Helfer

Der Verein „Aachener Friedenspreis“ hat am Freitag die diesjährigen Preisträger des Friedenspreises bekannt gegeben und damit ein Zeichen gegen die Abschottungspolitik der EU gesetzt. Die mit 1000 Euro dotierte Auszeichnung wird unter anderem an vier Flüchtlingshelfer verliehen. Die Studenten unterstützen und versorgen Flüchtlinge, die auf ihrem Weg nach Europa in Marokko gestrandet sind. Auch ein Bischof und ein Imam aus der Zentralafrikanischen Republik, die sich für ein Miteinander ihrer Religionen einsetzen, werden in Aachen geehrt.

Bericht Seite 32

Trotz Status „sicheres Herkunftsland“ gehören Menschen aus Serbien, Bosnien-Herzegowina und Mazedonien weiterhin zu den Flüchtlingsgruppen.

Auf der anderen Seite will de Maizière Flüchtlinge aus Bürgerkriegsländern wie Syrien oder Irak künftig besser fördern: Es soll mehr Integrationskurse geben, für junge Menschen soll die Berufsausbildung verstärkt werden. Auch eine alte Forderung Bremens findet sich unter den Maßnahmen: Der Bund will künftig Sprachkurse für Asylbewerber fördern, wie sie in Bremen gängige Praxis sind.

„Mich hat der Geist des Gesprächs überzeugt, dass wir die Aufgaben schaffen können“, gab sich Merkel nach dem Gipfel zuversichtlich. Vizekanzler Sigmar Gabriel (SPD) bewertete das Treffen als „sehr vielversprechend“. Bremens Sozialsenatorin Anja Stahmann sagte zu den geplanten Maßnahmen: „Der Flüchtlingsgipfel hat sich wichtiger Themen angenommen, die schon lange drängen. Erfreulich sind die Signale des Bundes, die Länder und Kommunen künftig tatkräftiger zu unterstützen.“ Die Grünen-Politikerin erwartet nun von der Konferenz im Juni konkrete Vorschläge und „eine zügige Umsetzung für eine spürbare Entlastung“. Diese Forderung erheben Länder und Kommunen seit Monaten. Stahmann: „Der Bund muss unsere enormen Anstrengungen unterstützen, Flüchtlinge zu integrieren und ihnen eine echte Zukunft in unserem Land zu geben.“ Problematisch sieht die Senatorin indes die Gemeinschaftsunterkünfte für Asylbewerber vom Balkan: „Ich finde das politisch falsch, und ich wüsste auch nicht, wie wir das in Bremen umsetzen sollten.“ In der Hansestadt gibt es bereits aktuell Probleme, geeignete Unterkünfte für Flüchtlinge zu finden. Sie leben in der Regel drei Monate in Gemeinschaftsunterkünften.

Anders wird die Idee von Sammelunterkünften für Balkan-Flüchtlinge in Niedersachsen bewertet. „Eine dezentrale Unterbringung solcher Asylbewerber in der Fläche erschwert eine zügige Rückführung“, erklärt die Landesregierung. Hannover erwartet nun von Berlin ein „tragfähiges Konzept, das die Kriterien der Rechtsstaatlichkeit, Menschenwürde und Sicherheit berücksichtigt“. Weitere Forderungen der rot-grünen Regierung: Der Bund soll sich an den Kosten für Betreuung und Unterbringung beteiligen, die Ausgaben für Gesundheitsversorgung, Integration und Sprachförderung soll er voll übernehmen. Bislang hat die Bundesregierung den Ländern lediglich eine einmalige Hilfe von 500 Millionen Euro zugesagt.

Kommentar Seite 2



„Ich hoffe, dass die Umweltzonen abgeschafft werden, weil sie nichts bringen.“

Antje de Haan, Studentin und Obstverkäuferin

Was wünschen sich die Bremerinnen und Bremer für die Bürgerschaftswahl am Sonntag? Der WESER-KURIER hat 23 Menschen kreuz und quer aus der Stadt gefragt, was sie sich von der nächsten Regierung erhoffen. Darunter sind ein Tabakwarenhändler und eine Friseurmeisterin, aber auch ein Musiker und diese Obstverkäuferin (Foto). Lassen Sie sich also in der heutigen Ausgabe überraschen, auf jeder redaktionellen Seite finden Sie dazu einen Beitrag, mit der Kamera ins Bild gesetzt von Suhwa Lee, Christina Kuhaupt und Frank Thomas Koch.

Aber das ist noch nicht alles: Auf einer Doppelseite hat unsere Redaktion die Leistung der jetzigen Regierung unter die Lupe genommen und mit einem Faktencheck geprüft, was funktioniert und was eben nicht funktioniert hat. Thema Seiten 12 und 13

Die Wirtschaft spürt den Streik

Bremen (stl). Wenn am Sonntag der Streik der Lokführer endet, werden viele Reisende und Pendler erleichtert sein. Und auch die Wirtschaft dürfte sich freuen, dass die Güterzüge wieder normal rollen. Der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) rechnet mit Verlusten in Höhe von mehr als einer halben Milliarde Euro für deutsche Unternehmen. Weil Produktionen ins Stocken geraten sind, Auslieferungen sich verzögert haben und Alternativen für den Transport gefunden werden mussten. Vielerorts wurden Güter von der Schiene auf die Straße verlagert, doch die zusätzlich angemieteten Lastwagen kosten extra.

Im Tarifkonflikt bei der Bahn zeichnet sich bislang noch keine Lösung ab. GDL-Chef Claus Weselsky hat angekündigt, man wolle erst nach Beendigung des Arbeitskampfes über weitere Maßnahmen beraten. Einigungsangebote der Bahn blieben bislang unbeachtet. Wie die Bremer Wirtschaft mit dem Streik umgeht, lesen Sie in den

Berichten auf Seite 17

Gauck würdigt die Befreier

Politik erinnert an Weltkriegsende vor 70 Jahren

Berlin. Die deutsche Politik hat am 70. Jahrestag des Kriegsendes zu Frieden und Versöhnung aufgerufen. Bundespräsident Joachim Gauck erinnerte an die getöteten sowjetischen Soldaten. Er verneigte sich vor dem Leid und der Leistung derer, die Deutschland von der Nazi-Herrschaft befreit haben, sagte Gauck am Freitag auf dem zentralen sowjetischen Soldatenfriedhof im brandenburgischen Lebus.

Zuvor hatte Gauck an einer Gedenkveranstaltung im Bundestag teilgenommen, gemeinsam mit Kanzlerin Angela Merkel (CDU). Der Historiker Heinrich August Winkler sagte in der zentralen Gedenkrede, Deutschland solle heute zu seiner internationalen Verantwortung stehen. Mit den Nazi-Verbrechen könne kein Beiseitehören begründet werden. Eine besondere Pflicht zur Solidarität gebe es mit Ländern, die erst durch die friedlichen Revolutionen von 1989/90 ihre Selbstbestimmung wiedergewonnen hätten. Nie wieder dürften Polen und die Balten den Eindruck gewinnen, als werde zwischen Berlin und Mos-



70 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs: Gedenkveranstaltung im Bundestag. FOTO: KNA

kau irgendetwas über ihre Köpfe hinweg und auf ihre Kosten entschieden. Winkler prangerte zudem die heutige Fremdenfeindlichkeit und antisemitische Gewalt in Deutschland und anderen Ländern an.

Auch weltweit wurde der Millionen Opfer des Zweiten Weltkriegs gedacht und vor neuer Zwietracht in Europa gewarnt. Standpunkt Seite 2-Thema Seite 4

Spurensuche in der Harms-Ruine

Bremen (wtc). Brandermittler einer Versicherung und der Kriminalpolizei haben am Freitag damit begonnen, nach Spuren im ausgebrannten Gebäude von Harms am Wall zu suchen. Die Staatsanwaltschaft, die wegen Brandstiftung, Raub und des Verdachts des versuchten Mordes ermittelt, schließt nicht aus, dass die Arbeiten heute und morgen fortgesetzt werden. Neue Erkenntnisse gab es nach Angaben einer Sprecherin am Freitag nicht. Die Baubehörde geht davon aus, dass das Gebäude nicht sanierungsfähig ist. Der WESER-KURIER hat die Feuerwehr begleitet, die von einer Drehleiter aus kontrollierte, ob es noch Glutnester gibt – und mit Geschäftsführer Hans Eulenbruch gesprochen, der seine Geschichte von der Brandnacht erzählt. Er berichtet von einem Überfall und davon, dass ihn maskierte Männer mit einer Waffe bedrohten, auf der Toilette einsperreten und er vergeblich den Notruf zu erreichen versuchte. Und wie ihm in letzter Minute die Flucht aus dem brennenden Gebäude gelang. Berichte Seite 9

ANZEIGE

ENGEL & VÖLKERS
GUTSCHEIN
für eine kostenfreie
Immobilienbewertung!
*gegen Vorlage dieses Abschnitts bei uns im

Shop Schwachhausen: Wachmannstr. 105, Tel. 04 21-16 82 50
Shop Oberneuland: Mühlendammstr. 11, Tel. 04 21-25 80 97 70
Shop Bremer Viertel: Hamburgstr. 39, Tel. 04 21-94 40 03 70
Shop Bremen Nord: An der Lesumer Kirche 2, Tel. 04 21-69 08 210

Telefonisch auch samstags von 10 – 13 Uhr erreichbar
☎ 04 21 / 16 82 50
www.engelvoelkers.com/bremen

32 Millionen Euro mehr für Bremen

Bremen (jco). Das Land Bremen wird nach der jüngsten Schätzung im Jahr 2015 voraussichtlich 32 Millionen Euro mehr Steuern einnehmen als erwartet. Das teilte Bremens Finanzsenatorin Karoline Linnert (Grüne) am Freitag mit. Für Bremerhaven rechnet ihr Finanzressort mit einem Plus von immerhin 3,1 Millionen Euro. Die Steuerschätzungen aus dem vergangenen November müssen demnach deutlich nach oben korrigiert werden. Grund dafür sei die bundesweit anhaltend positive Entwicklung der Konjunktur, erklärte Linnert. Die höheren Steuereinnahmen des Landes will die Grünen-Politikerin dazu nutzen, um Bremens Altschuldenproblematik anzugehen. Zudem fehle es derzeit an Geld für Investitionen in Bildung und Infrastruktur, betonte die Finanzsenatorin.

Bereits am Donnerstag hatte Bundeskanzlerin Angela Merkel bei einem Wahlkampfauftritt auf dem Marktplatz dem klammern Bremen mehr finanzielle Hilfen versprochen. Bericht Seite 5

Theaterintendant soll bleiben

Bremen. Michael Börgerding, Intendant des Theaters Bremen, steht vor der Verlängerung seines Vertrags um weitere fünf Jahre. Kulturstatsrätin Carmen Emigholz (SPD) sagte am Freitag bei der Präsentation der Spielzeit 2015/16, Kultursenator Jens Böhrnsen (SPD) wolle Börgerding „auf keinen Fall ziehen lassen“. Gleiches gelte für den kaufmännischen Geschäftsführer des Hauses, Michael Helmbold. Beide sollen über das Jahr 2017 hinaus am Haus gehalten werden. Die unlängst geführten Vertragsverhandlungen seien so konstruktiv gewesen, dass ein Abschluss vor den Sommerferien wahrscheinlich sei. Börgerding und Helmbold waren 2012 für zunächst fünf Jahre verpflichtet worden. Seit ihrem Amtsantritt hat sich das Theater finanziell konsolidiert. Für die im Juli endende Spielzeit wird mit einer schwarzen Null gerechnet. Kommentar Seite 2-Bericht Seite 32

Cameron kann durchregieren

London. Die Konservative Partei von Premierminister David Cameron hat die für eine Alleinregierung nötige absolute Mehrheit im britischen Unterhaus gewonnen. Die Tories holten bei der Parlamentswahl am Donnerstag 331 der 650 Sitze im Unterhaus. Sie verbesserten damit ihr Ergebnis von 2010 um 24 Sitze. Die oppositionelle Labour-Partei von Herausforderer Ed Miliband, die bisher mitregierenden Liberaldemokraten und die Rechtspopulisten von Ukip sind die großen Verlierer der Wahl. Labour-Chef Miliband, der Ukip-Vorsitzende Nigel Farage und der liberale Parteichef Nick Clegg traten am Freitag von ihren Ämtern zurück. Premier Cameron ging unmittelbar nach seinem furiosen Wahlsieg europapolitisch in die Offensive: Er erneuerte seine Ankündigung, das britische Volk über den Verbleib in der EU abstimmen zu lassen. Thema Seite 3

INHALT

Beruf & Karriere	S 1
Familienanzeigen	20
Fernsehen	1 10
Immobilien & Wohnen	1 1
Lesermeinung	28
Rätsel & Roman	19
Veranstaltungsanzeigen	6
Heute mit Fahrzeugmagazin On Tour	

H 7166 • 28189 BREMEN



DER NORDEN

Kooperation mit RWE beendet

Verden-Hannover. Enttäuscht hat der Leiter des Verdener Domgymnasiums, Detlev Lehmann, darauf reagiert, dass es im nächsten Schuljahr keine Fortsetzung der Kooperation seines Gymnasiums mit dem Energie-Unternehmen RWE geben wird. Die Entscheidung der Landesregierung trifft noch vier weitere Gymnasien in Niedersachsen. Lehmann bedauert das Ende der Projektarbeit, das auch finanzielle Folgen haben wird. Seite 15

BREMEN

Gabriel im Musical-Theater

Bremen. Zwei Tage vor der Bürgerschaftswahl haben gleich mehrere Parteien am Freitag noch einmal ihre Mitglieder und Unterstützer zusammengelassen und ihre Wahlkämpfe abgeschlossen. Linke, SPD und FDP haben alle gemeinsam Bundespräsidenten in Bremen begrüßen können. Für die SPD rührte der Parteivorsitzende Sigmar Gabriel im Bremer Musical-Theater noch einmal kräftig die Werbetrommel. Seiten 2 und 14

SPORT

Levin Öztunali im Interview

Bremen. Seit der Winterpause ist Levin Öztunali Werderaner. Und der Leihspieler aus Leverkusen kommt in Bremen immer besser in Schwung. „Ich glaube, dass ich mich schon jetzt weiterentwickelt habe“, sagt Öztunali im Interview mit dem WESER-KURIER. Außerdem spricht der Enkel von HSV-Idol Uwe Seeler über seine Ziele in Bremen und seine Rolle als einer der jüngsten Debütanten in der Bundesliga-Geschichte. Seite 25

WETTER

Tagsüber 17°
Nachts 10°
Niederschlag 70%

Wechselhaft
Anfangs gehen einige Regenschauer nieder. Dann scheint zeitweise die Sonne. Zum Abend tauchen an der Küste Schauer auf.

Das ausführliche Wetter finden Sie auf Seite 8 und jederzeit aktuell auf dem Online-Portal des WESER-KURIER unter:
www.weser-kurier.de/wetterkontor/aktuell